

Eberhard Kolb · Deutschland 1918–1933

Eberhard Kolb
Deutschland
1918–1933
Eine Geschichte
der Weimarer
Republik

R. Oldenbourg Verlag München 2010

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <<http://dnb.d-nb.de>> abrufbar.

© 2010 Oldenbourg Wissenschaftsverlag GmbH, München
Rosenheimer Straße 145, D-81671 München
Internet: oldenbourg.de

Das Werk einschließlich aller Abbildungen ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Bearbeitung in elektronischen Systemen.

Abbildungen, alle © Bundesarchiv.
S. 2: Berlin. Maschinengewehrnest über dem Eingang des Reichstages, 1918/19;
S. 84: „Graf Zeppelin“ überfliegt die Siegessäule in Berlin, Oktober 1928;
S. 160: Mecklenburg. Zwei SA-Männer bringen ein Hitler-Plakat für die Reichstagswahlen an, Sommer 1932.
Umschlaggestaltung: Dieter Vollendorf
Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier (chlorfrei gebleicht)

Satz: primustype Hurler GmbH, Notzingen
Druck und Bindung: Grafik + Druck, München

ISBN 978-3-486-59760-8

Inhalt

Vorwort	IX
---------------	----

Entstehung und Selbstbehauptung der Republik 1918/19–1923

Revolution und Republikgründung 1918/19	3
---	---

Parlamentarisierung im Zeichen der militärischen Niederlage (4) – Marinemeuterei und Ausbreitung der Aufstandsbewegung (8) – Der 9. November 1918 in Berlin und die Bildung revolutionärer Regierungsorgane (10) – Der Abschluß des Waffenstillstandes (11.11.1918) (13) – Zielvorstellungen und Strategiekonzepte der politischen Lager (14) – Stationen im innenpolitischen Ringen während der „revolutionären Übergangszeit“ (19) – Die Nationalversammlung: Wahl, konstitutive Akte und Verfassungsarbeit (24) – Innenpolitische Entwicklung im Frühjahr 1919 (30) – Zukunftsperspektiven der Republik im Ergebnis der „steckengebliebenen Revolution“ (31)

Pariser Friedenskonferenz und Versailler Vertrag	35
--	----

Probleme des Friedensschließens nach dem Ersten Weltkrieg (35) – Organisation, Verlauf und Ergebnisse der Friedenskonferenz (37) – Deutsche Illusionen und Reaktionen (47) – Der Kampf um die Unterzeichnung des „Versailler Vertrags“ (49) – Die weiteren „Vorort-Verträge“ (50) – Historische Würdigung des „Versailler Vertrags“ (52)

Die Republik in den Krisenjahren 1919–1923	55
--	----

Innenpolitische Probleme der jungen Republik (55) – Der Kapp-Lüttwitz-Putsch und seine Folgen (59) – Die Reparationsfrage 1919–1922 (63) – Der Weg zum Rapallo-Vertrag (69) – Innenpolitische Ereignisse und Konflikte 1921/22 (71) – Ruhrbesetzung und Hyperinflation (73) – Die „Große Koalition“: Abbruch des passiven Widerstands, Währungsanierung und Selbstbehauptung der Republik gegen Separatismus und Putschversuche von links und rechts (76)

Die Republik in der Phase der relativen Stabilisierung 1924–1929

Deutsche Außenpolitik im europäischen Beziehungsgeflecht . . . 85

Ein Blick auf die internationale Szene in den Nachkriegsjahren (85) – Gustav Stresemann: Vernunftrepublikaner und nationaler Machtpolitiker (95) – Reparations-politischer Neubeginn mit dem Dawes-Plan (97) – Vom deutschen Sicherheits-memorandum zu den Locarno-Verträgen (101) – Auswirkungen der Locarno-Politik (103) – Der Young-Plan (106) – Leistungen und Grenzen des Staatsmannes Gustav Stresemann (107)

Strukturprobleme und innere Politik 109

Entwicklung des politischen Systems (110) – Reichstagswahlen, Kabinettsbildungen, Regierungskrisen 1923–1925 (116) – Reichspräsidentenwahl 1925 (121) Reichstagswahlen, Kabinettsbildungen, Regierungskrisen 1926–1929 (124) Sozialpolitische Probleme und Konflikte (130) – Konsequenzen des Bruchs der „Großen Koalition“ (136)

Künstlerische Avantgarde und Massenkultur: Zur Physiognomie der „goldenen zwanziger Jahre“ 137

Zu Begriff und Periodisierung der „Weimarer Kultur“ (137) – Malerei, Literatur, Theater (141) – Architektur und Wohnungsbau (146) – Berlin als europäische Kulturmetropole (150) – Entfaltung einer „modernen Massenkultur“: Presse, Film, Rundfunk, neues Lebensgefühl (151) – Instabilität als Chance? (158)

Auflösung und Zerstörung der Republik 1930–1933

Der Aufstieg des Nationalsozialismus im Schatten der Weltwirtschaftskrise 161

Bedingungen für die Entwicklung der NSDAP zur Massenpartei (161) – Hitler als „charismatischer Führer“ (164) – Aufbau und Ausbau innerparteilicher Organisationsstrukturen (167) – Der Kampf gegen den Young-Plan (173) – Alters- und Sozialstruktur der NSDAP-Mitgliedschaft (176) – Die Weltwirtschaftskrise mit ihren Auswirkungen (178) – Die NSDAP im Aufwind (179) – Industrie und Nationalsozialismus (183)

Die Desintegration des politischen Systems in der Ära
der Präsidialkabinette und Hitlers Weg zur Macht 187

Transformation des politischen Systems (187) – Vorbereitung und Einsetzung des Präsidialkabinetts Brüning (189) – Reichstagsauflösung und Neuwahl 1930 (191) – Tolerierung des Kabinetts Brüning durch die SPD (193) – Brünings Außen- und Wirtschaftspolitik (195) – Etappen auf dem Weg zum Sturz Brünings (198) – Das Präsidialregime in der Ära Papen – Schleicher (203) – Die Vorbereitung der Berufung Hitlers zum Reichskanzler (212) – Mußte die Weimarer Demokratie scheitern? (215)

Anhang

Abkürzungsverzeichnis 220

Zeittafel 221

Wahl zur Nationalversammlung 1919 und Reichstagswahlen
1920–1933 236

Literaturhinweise 238

Personenregister 249

Vorwort

Die deutsche Geschichte von 1918 bis 1933 ist die Geschichte der ersten deutschen Demokratie, ihrer Anfänge in der Revolution, ihrer Krisenzeiten, ihrer Konsolidierung und ihres Unterganges. Die vierzehn Jahre der Weimarer Republik zählen zu den Abschnitten der deutschen Geschichte, die am besten erforscht sind und über die am meisten publiziert wurde und wird.

Das vorliegende Buch wendet sich an diejenigen, die sich in einem konzentrierten Überblick über die Jahre 1918 bis 1933 informieren wollen. Um den Lesern einen kompakten Abriss der Geschichte Weimar-Deutschlands zu bieten, haben Autor und Verlag sich entschlossen, den Darstellungsteil des in der Reihe „Oldenbourg Grundriß der Geschichte“ erschienenen Bandes „Die Weimarer Republik“ separat zu veröffentlichen.

Der Text wurde erneut überprüft und an wenigen Stellen leicht verändert bzw. ergänzt. Die detailliertere Gliederung schlüsselt die behandelten Themen auf. Im Anhang finden sich eine Zeittafel, Tabellen mit den Ergebnissen der Wahl zur Nationalversammlung 1919 und der Reichstagswahlen 1920 bis 1933 sowie Literaturhinweise, in denen Überblickswerke und einige wichtige Forschungsarbeiten zu verschiedenen Themenbereichen aufgeführt und knapp charakterisiert sind. Sehr viel ausführlicher sind Quellen und Literatur verzeichnet im genannten, immer wieder aktualisierten Grundriß-Band „Die Weimarer Republik“, in dem auch auf den Gang der Weimar-Forschung eingegangen wird und einzelne, zumal kontrovers diskutierte Problemkomplexe genauer durchleuchtet werden.

Bad Kreuznach, im Mai 2010

Eberhard Kolb

Entstehung und Selbstbehauptung
der Republik 1918/19–1923



Revolution und Republikgründung 1918/19

Eine „improvisierte Demokratie“ ist die Weimarer Republik genannt worden. Diese suggestive Formel meint: Die erste deutsche Demokratie wurde nicht erkämpft von einer starken, in breiten Bevölkerungsschichten verwurzelten republikanischen Bewegung, die langfristig und planvoll eine demokratische Umgestaltung des monarchischen Obrigkeitsstaates anstrebte und schließlich in einer großen Kraftanstrengung durchsetzte; sie wurde vielmehr improvisiert als eine „Notlösung“, um die Folgen des verlorenen Weltkrieges für das deutsche Volk einigermaßen erträglich zu gestalten. Und als dieser vermeintliche Ausweg aus der Misere der Niederlage nicht zum Ziel führte, als trotz der Etablierung einer demokratischen Republik die Siegermächte dem Deutschen Reich einen Friedensvertrag mit drückenden Bestimmungen aufzuzwingen, war damit auch die neue Staatsordnung in den Augen der großen Mehrheit der Bevölkerung dauerhaft diskreditiert: Der Mohr – die von vielen nicht gewollte Republik – hatte seine Schuldigkeit *nicht* getan. Die „improvisierte Demokratie“ von Weimar ruhte daher von Anfang an auf nicht sehr stabilen Fundamenten.

Eine solche Deutung von Ursprüngen und Anfängen der Weimarer Republik enthält Richtiges und Falsches. Gewiß: Die Ablösung der Monarchie durch eine Republik stand bis in die letzten Kriegstage hinein nicht auf der Tagesordnung der deutschen Politik. Eine von starken politischen Kräften getragene republikanische Bewegung gab es in Deutschland nicht. Der bürgerliche Linksliberalismus, der vor, während und auch noch nach der 1848er Revolution republikanischen Tendenzen huldigte, hatte sich längst mit der Staatsform der Monarchie abgefunden. Selbst die Sozialdemokraten, für welche die Republik nach wie vor eine Programmforderung darstellte, betrachteten die Ablösung der Monarchie durch die Republik nicht als ein vorrangiges und mit vollem Kräfteinsatz anzustrebendes Ziel ihrer praktischen Politik.

Aber in der Deutung von der „Improvisation“ der Demokratie sind doch wichtige Aspekte nicht ausreichend berücksichtigt. Erstens: Schon ehe die militärische Führung eingestand, daß der Krieg verloren sei, hatte die Reichstagsmehrheit (Mehrheitssozi-

aldemokraten, Zentrum und Fortschrittspartei) ihre Bemühungen um eine Parlamentarisierung der Reichsregierung – und damit um einen Ausbau der demokratischen Verfassungselemente – intensiviert; der Übergang von der konstitutionellen zur parlamentarischen Monarchie zumindest wurde nicht einfach improvisiert, sondern von starken politischen Kräften vorbereitet und gewollt. Zweitens: Die sicherlich höchst ungünstigen Umstände, unter denen die Republik ins Leben trat, determinierten nicht zwingend, wie solide oder fragil der Bau der ersten deutschen Demokratie ausfallen würde; die Entscheidung über die konkrete Ausgestaltung der Weimarer Demokratie fiel erst im Verlauf der Revolutionsmonate. Und schließlich drittens: Auch nach Abschluß der eigentlichen Gründungsphase war über die längerfristigen Lebenschancen der Weimarer Demokratie noch nicht das letzte Wort gesprochen. Auch die Dritte Republik in Frankreich war in den 1870er Jahren aus einem verlorenen Krieg hervorgegangen und hatte sich in der ersten Phase ihrer Existenz einer massiven Infragestellung durch die republikfeindlichen Kräfte zu erwehren, vermochte sich dann aber doch langfristig als demokratische Republik zu konsolidieren. Man wird sich deshalb davor hüten müssen, das Schicksal der Weimarer Demokratie bereits dadurch für entschieden anzusehen, daß sie nicht von einer republikanisch-demokratischen Volksbewegung erkämpft, sondern aus der Niederlage und durch die Niederlage geboren wurde und mit der Hypothek belastet blieb, einen verlorenen Krieg liquidieren zu müssen.

Parlamentarisierung im Zeichen der militärischen Niederlage

Das politische System des Deutschen Kaiserreichs erwies sich – wie immer man seine Stabilität, Flexibilität und Entwicklungsfähigkeit im allgemeinen einschätzen mag – den Belastungen des Krieges gewachsen, solange die große Mehrheit des deutschen Volkes sich in dem Glauben wiegte, der Krieg werde mit einem deutschen Sieg enden. Erst als dieser Glaube schwand und die militärische Niederlage sich abzuzeichnen begann, eskalierten die teils latenten, teils offenen Spannungen im politischen und sozialen Gefüge des Kai-

serreichs rasch zu einer akuten Systemkrise, die in Staatsumsturz, Revolution und Republikgründung ausmündete.

Die Parteien der Reichstagsmehrheit hatten ihre Politik der Parlamentarisierung bis in den Sommer 1918 hinein eher behutsam als ungestüm betrieben; aber die sich seit Juli/August 1918 rapide verschlechternde militärische Situation der Mittelmächte brachte auch die innere Politik rasch in heftige Bewegung. Nach der Friedensnote Österreich-Ungarns (14. September) und dem Zusammenbruch Bulgariens (Waffenstillstand 30. September) sah sich die „Oberste Heeresleitung“ (OHL) zu dem Eingeständnis gezwungen, daß der Krieg für Deutschland verloren sei und nur der sofortige Abschluß eines Waffenstillstands die militärische Katastrophe verhindern könne.

Diesen militärischen Offenbarungseid leistete die OHL bei den Beratungen im Großen Hauptquartier zu Spa am 28./29. September, an denen die führenden Repräsentanten des Kaiserreichs teilnahmen. Man beschloß, unverzüglich ein Waffenstillstands- und Friedensangebot an den amerikanischen Präsidenten Wilson zu richten und diese Aktion innenpolitisch abzustützen durch eine Parlamentarisierung der Reichsregierung („Parlamentarisierungserlaß“ vom 30. September). Auf dieser Grundlage wurde – unter ständigem Drängen der OHL auf sofortige Absendung des Waffenstillstandsersuchens – über die Zusammensetzung der neuen Regierung verhandelt. Der am 3. Oktober zum Reichskanzler ernannte Prinz Max von Baden bildete sein Kabinett unter maßgebender Mitwirkung der Parteien der Reichstagsmehrheit – damit war der entscheidende Schritt auf dem Weg von der konstitutionellen zur parlamentarischen Monarchie getan.

Den Übergang zum parlamentarischen Regierungssystem in der Agonie des Kaiserreichs lediglich als eine durch OHL und Kaiser Wilhelm II. bewirkte „Revolution von oben“ zu klassifizieren, hieße indessen, den in Wirklichkeit höchst komplexen Vorgang des verfassungspolitischen Strukturwandels im Herbst 1918 unzulässig zu vereinfachen. Wie die neuere Forschung nachweisen konnte, ließen sich die Mehrheitsparteien des Reichstags keineswegs – als willige Instrumente in der Hand Ludendorffs – gleichsam „zur Machtübernahme“ befehlen. Vielmehr hatten diese Parteien von sich aus die Initiative in der Verfassungsfrage ergriffen, bevor man sich im

Großen Hauptquartier Ende September entschied, den Weg zur Parlamentarisierung der Reichsleitung freizugeben. Am 28. September verlangte der „Interfraktionelle Ausschuß“, das Koordinationsgremium der Mehrheitsparteien, eine Änderung der Reichsverfassung als „Voraussetzung für die Schaffung einer starken, vom Vertrauen der Mehrheit des Reichstags getragenen Regierung“. Ohne Zweifel stand hinter dieser Initiative vom 28. September eine beachtliche Stoßkraft, denn offenkundig zeigten sich die Mehrheitsparteien jetzt entschlossen, das durch die Friedensresolution vom Juli des Vorjahres demonstrierte Machtpotential des Reichstags uneingeschränkt einzusetzen. Wenn es in jenen Tagen nicht zu einer Auseinandersetzung auf Biegen und Brechen zwischen OHL und Reichstagsmehrheit kam, dann deshalb, weil Ludendorff es unter dem Eindruck der aussichtslosen militärischen Lage für opportun hielt, selber den Parteien das Tor zur Macht zu öffnen – und ihnen damit zugleich die Verantwortung für die Liquidierung des Krieges zuzuschieben.

Die erste parlamentarische Regierung des Deutschen Reichs trat unter Auspizien an, wie sie ungünstiger nicht hätten sein können: Die erste, ihr von der OHL aufgezwungene Aktion war die Absendung des Waffenstillstandsangebots. Erst am 2. Oktober, mitten in den Verhandlungen um die Bildung der neuen Mehrheitsregierung, wurden die Führer der Reichstagsfraktionen durch einen Abgesandten der OHL über die desolante militärische Lage informiert, die den sofortigen Abschluß eines Waffenstillstands notwendig mache. Verzweifelt, aber vergeblich kämpfte Prinz Max von Baden um einen Aufschub von wenigstens einigen Tagen für die Einleitung der Friedensaktion – Ludendorff bestand auf unverzüglicher Absendung der Note an Wilson: „48 Stunden könne die Armee nicht noch warten.“ Dem ultimativen Drängen der OHL beugte sich die neue Reichsleitung. Am Abend des 3. Oktober ersuchte die deutsche Regierung den amerikanischen Präsidenten, „die Herstellung des Friedens“ auf der Grundlage des von ihm aufgestellten Programms (insbesondere der Vierzehn Punkte) in die Hand zu nehmen. Dann folgte der bedeutungsschwere Satz: „Um weiteres Blutvergießen zu vermeiden, ersucht die deutsche Regierung den sofortigen Abschluß eines Waffenstillstandes zu Lande, zu Wasser und in der Luft herbeizuführen.“

Dieses offene Eingeständnis der Niederlage traf die psychologisch völlig unvorbereitete deutsche Öffentlichkeit wie ein Keulenschlag, denn bis zuletzt hatte die große Mehrheit der Bevölkerung der von der amtlichen Propaganda systematisch erzeugten und verbreiteten, ungerechtfertigt optimistischen Einschätzung der Kriegslage Glauben geschenkt. Nachdem das deutsche Waffenstillstandsangebot jäh und in so dramatischer Weise den illusionären Charakter der bisherigen Lageeinschätzung enthüllt hatte, gab es für die kriegsmüden Massen in Deutschland nur noch *ein* Ziel: Beendigung des Krieges – so schnell wie möglich und um jeden Preis. Die „Friedensbewegung“ wuchs im Lauf des Oktober lawinengleich an, radikalisierte sich zunehmend und brachte Regierung und Parteien unter starken Druck von unten. Die revolutionären Gruppen, bislang zahlenmäßig schwach und organisatorisch ungefestigt, in ihrem Aktionsradius durch die Polizeimaßnahmen des Regimes aufs äußerste eingeschränkt, erhielten Zulauf und Auftrieb.

Zwar wandte sich die Massenstimmung nicht primär gegen die monarchische Staatsform, aber in weiten Kreisen der Bevölkerung, im Bürgertum ebenso wie in der Arbeiterschaft, wuchs die Befürchtung, es könnte auf der Basis der bis dahin eingeleiteten Verfassungsänderungen unmöglich sein, rasch zur Einstellung der Kampfhandlungen zu gelangen. Um dieses Ziel zu erreichen, war man bereit, weitergehende staatliche Umgestaltungen zu fordern, selbst die Abdankung des Kaisers.

Den Ausgangspunkt für diese Radikalisierung der Friedensbewegung bildeten die Antwortnoten Wilsons auf das deutsche Friedensangebot. Vor allem die dritte Note vom 23. Oktober enthielt alarmierende Passagen, die in der deutschen Öffentlichkeit tiefe Niedergeschlagenheit hervorriefen, aber auch in zunehmendem Maße die Entschlossenheit, Wilsons Bedingungen zu erfüllen, um zum Frieden zu gelangen. Unmißverständlich nämlich drohte der amerikanische Präsident: wenn die USA mit den militärischen Beherrschern und monarchistischen Autokraten verhandeln müßten „dann kann Deutschland über keine Friedensbedingungen verhandeln, sondern muß sich ergeben“. Diese Formulierung bewirkte in der öffentlichen Meinung Deutschlands – unabhängig davon, wie sie wirklich gemeint war – die Vorstellung: „Wenn der Kaiser abdankt, bekommen wir einen guten Waffenstillstand.“ Die Forderung nach

Abdankung Kaiser Wilhelms II. wurde nun immer vehementer erhoben und – trotz Zensur – in der Presse offen diskutiert.

In zeitlicher Parallelität zum Notenwechsel mit Wilson, auf den sich die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit konzentrierte, bereitete die neue Reichsregierung mit den Parteien der Reichstagsmehrheit eine Verfassungsreform vor. Die potentielle Tragweite des damit eingeleiteten Parlamentarisierungsprozesses kam der großen Mehrheit der Bevölkerung damals allerdings kaum zum Bewußtsein – nicht ohne Schuld der neuen Reichsleitung und der sie tragenden Parteien. Denn der Reichstag, der angesichts der kritischen äußeren und inneren Entwicklung gerade in diesen Wochen eine zentrale Rolle hätte spielen müssen – als Forum zur massiven Artikulation der Parlamentarisierungsbestrebungen und als Motor der Verfassungsreform –, trat im Oktober viel zu selten zusammen. Er nahm am 5. Oktober die Regierungserklärung entgegen und vertagte sich daraufhin, entsprechend dem Willen der Mehrheitsparteien, bis zum 22. Oktober. Zu diesem Zeitpunkt aber war für die öffentliche Meinung nicht die Verfassungsreform, sondern die Beendigung des Krieges und – damit im Zusammenhang – die Abdankung des Kaisers das beherrschende Thema der Stunde.

Am 28. Oktober traten die beiden Gesetze „zur Abänderung der Reichsverfassung“ in Kraft. Obwohl nur wenige Artikel der Bismarckschen Reichsverfassung von 1871 modifiziert wurden, bewirkten diese Änderungen doch, daß das Reich nun auch verfassungsrechtlich eine parlamentarische Monarchie war. Zentrale Bedeutung hatten dabei folgende Bestimmungen: Fortan bedurfte der Reichskanzler des Vertrauens des Reichstags und war, wie sein Stellvertreter, für seine Amtsführung dem Bundesrat und Reichstag verantwortlich; Mitglieder des Reichstags konnten jetzt Minister werden, ohne ihr Mandat niederlegen zu müssen.

Marinemeuterei und Ausbreitung der Aufstandsbewegung

Lebensfähigkeit und Erfolgsaussichten der Oktoberreform werden in der Forschung recht unterschiedlich beurteilt. Kaum zu bestreiten ist jedoch, daß trotz des im Gang befindlichen Verfassungswandels Krone und Militär im Oktober nicht bereit waren, sich der zivilen

Reichsleitung unterzuordnen und sich von ihr kontrollieren zu lassen. Das zeigte sich deutlich bei mehreren Gelegenheiten. Epoche machten vor allem zwei Aktionen: der von der Seekriegsleitung ohne Wissen der Reichsregierung angeordnete Flottenvorstoß in die Nordsee sowie die – gegen den Willen der Reichsleitung unternommene – Reise des Kaisers ins Große Hauptquartier nach Spa, mit der sich Wilhelm II. der Einwirkung der zivilen Gewalt entzog. Diese „Flucht“ des Kaisers nach Spa erfolgte in einem Moment, in dem sich die innere Krisensituation dramatisch zuspitzte. Immer lauter erscholl der Ruf nach Abdankung des Kaisers, und am 28. Oktober kam es zu ersten Befehlsverweigerungen bei der auf Schilligreedde vor Wilhelmshaven versammelten Hochseeflotte. Die Matrosen befürchteten, die Seekriegsleitung wolle mit dem Flottenvorstoß den von der Reichsregierung verfolgten politischen Kurs unterlaufen und den Engländern in der Nordsee eine „Verzweigungsschlacht“ liefern, die – militärstrategisch zumindest fragwürdig – in den Augen der Matrosen ein ebenso verantwortungsloses wie sinnloses Unternehmen war. Die Marineführung hingegen, die sich einem traditionellen Ehrenkodex verpflichtet wußte, wollte nicht kampfflos, ohne einen letzten Einsatz der Hochseeflotte gewagt zu haben, die Kapitulation vollziehen. Sie ließ in Wilhelmshaven rund tausend meuternde Matrosen verhaften und dirigierte fünf Linienschiffe nach Kiel, wo dann ebenfalls Verhaftungen vorgenommen wurden. Die Sorge um das Schicksal der inhaftierten Kameraden mobilisierte in Kiel Soldaten und Matrosen. In massenhaft besuchten Kundgebungen forderten sie die Freilassung der Verhafteten; es kam zu Schießereien, Soldatenräte wurden gebildet, Offiziere entwaffnet. Die militärische Führung war nicht mehr Herr der Lage und erklärte sich bereit, den Forderungen der Aufständischen entgegenzukommen. Am Abend des 4. November befand sich Kiel in den Händen der aufständischen Matrosen und Soldaten.

Die nächsten Tage enthüllten das ganze Ausmaß einer grandiosen „Willenslähmung der Ordnungsmacht im Staat“; der Militär- und Polizeiapparat des alten Regimes kapitulierte überall so gut wie widerstandslos vor der Aufstandsbewegung, die von Kiel aus wie ein Steppenbrand um sich griff. Wohin die von Kiel ausschwärmenden Matrosen gelangten, schlossen sich ihnen die Soldaten der Garnisonen, die Arbeiter der Fabriken an. Es wurden Arbeiter- und Solda-